

Satzung der Stadt Lauenburg/Elbe über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

Aufgrund des § 4 Abs. 1 S. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. 2003, S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.09.2020 (GVOBl. Schl.-H. 2020, S. 514), sowie der §§ 1, 2 und 3 Abs. 1 S. 1, Abs. 6, Abs. 8 und § 18 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung vom 10.01.2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005, S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.11.2019 (GVOBl. Schl.-H. 2019, S. 425), wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung Lauenburg/Elbe vom 30.09.2025 die folgende Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer erlassen:

§ 1 Steuergegenstand

- (1) Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gebiet der Stadt Lauenburg/Elbe.
- (2) Die Haltung gefährlicher Hunde wird gesondert besteuert. Als gefährliche Hunde gelten Hunde, die die Voraussetzungen nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über das Halten von Hunden (HundeG Schleswig-Holstein) erfüllen und von der Ordnungsbehörde als gefährlich eingestuft werden.

§ 2 Steuerpflicht

- (1) Steuerpflichtiger ist, wer einen Hund in seinem Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen hat (Hundehalterin oder Hundehalter).
- (2) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsangehörigen gemeinsam gehalten.
- (3) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht entsteht in dem darauffolgenden Monat des Monats, in dem ein Hund in einem Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen wird. Frühestens entsteht sie mit dem 1. des Kalendermonats, der auf die Vollendung des dritten Lebensmonats des Hundes folgt.

- (2) Wer einen Hund nicht länger als einen Monat in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, braucht ihn nicht zu versteuern.
- (3) Die Steuerpflicht endet vor dem Monat, in dem der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder eingeht.
- (4) Bei Wohnortwechsel eines Hundehalters endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Kalendermonats, in das der Wegzug fällt; sie beginnt mit dem auf den Zuzug folgenden Kalendermonat.
- (5) Wer einen versteuerten Hund oder anstelle eines abgeschafften, abhanden gekommenen oder eingegangenen versteuerten Hundes einen neuen Hund erwirbt, wird dafür mit dem auf den Erwerb folgenden Kalendermonat steuerpflichtig.

§ 4

Steuersatz

- (1) Die Steuer beträgt jährlich:

a) Für den 1. Hund	-	132 Euro
b) Für den 2. Hund	-	168 Euro
c) Für jeden weiteren Hund	-	216 Euro
d) für den ersten und jeden weiteren Hund nach § 1 Abs. 2 - 600 Euro		
- (2) Gefährliche Hunde nach § 1 Absatz 2 Abs. 1 Buchst. d sind solche Hunde, für die die Gefährlichkeit nach § 7 des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über das Halten von Hunden (HundG) durch die Fachbehörde festgestellt wurde. In diesem Fall ist der Hund ab dem Ersten des Monats der auf die Feststellung der Gefährlichkeit folgt entsprechend Abs. 1 Buchst. d zu besteuern. Erfolgt die Feststellung der Gefährlichkeit am ersten Tag eines Kalendermonats, so ist der Hund bereits ab dem Feststellungszeitpunkt entsprechend Abs. 1 Buchst. d zu besteuern.
- (3) Hunde, die gemäß § 7 dieser Satzung steuerfrei gehalten werden dürfen, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht angesetzt; Hunde, für die die Steuer gemäß § 5 dieser Satzung ermäßigt wird, gelten als erste Hunde.

§ 5

Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf Antrag der Steuerpflichtigen oder des Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von
 - a) Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden benötigt werden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 500 m entfernt liegen;
 - b) Hunden, die von zugelassenen Unternehmen des Bewachungsgewerbes oder von berufsmäßigen Einzelwächtern bei Ausübung des Wachdienstes benötigt werden;

- c) Hunden, die als Melde-, Sanitäts-, Schutz-, Fährten- oder Rettungshunde verwendet werden und eine Prüfung vor anerkannten Leistungsrichtern abgelegt haben. Das mit dem Antrag vorzulegende Prüfungszeugnis darf nicht älter als zwei Jahre sein;
- (2) Mit dem Antrag auf Steuerermäßigung sind die notwendigen Nachweise vorzulegen. Die Steuerermäßigung gilt vom dem 1. des Kalendermonats der auf den Kalendermonat folgt, in dem sämtliche benötigten Nachweise vorgelegt wurden.

§ 6 Steuerbefreiung

Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von

1. Diensthunden staatlicher und kommunaler Dienststellen und Einrichtungen, deren Unterhaltskosten überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten wird;
 2. Gebrauchshunden von Forstbeamten, im Privatforstdienst angestellten Personen, von bestätigten Jagdaufsehern und von Feldschutzkräften in der für den Forst-, Jagd- oder Feldschutz erforderlichen Anzahl;
 3. Herdengebrauchshunden in der erforderlichen Anzahl;
 4. Sanitäts- oder Rettungshunden, die von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinheiten gehalten werden;
 5. Hunden, die in Anstalten von Tierschutz- oder ähnlichen Vereinen vorübergehend untergebracht sind und nicht auf die Straße gelassen werden;
 6. Blindenführhunden;
 7. Hunden, die zum Schutze und zur Hilfe blinder, tauber oder hilfloser Personen (Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „H“, „Bl“, „TBl“, oder „Gl“) unentbehrlich sind; die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtstierärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.
 8. Therapiehunden, die nachweislich eine zertifizierte Therapiehundeprüfung abgelegt haben und für soziale und therapeutische Zwecke verwendet werden.
 9. Jagdgebrauchshunden, die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben und jagdlich verwendet werden
 10. Hunde, die aus dem Geesthachter Tierheim in den Haushalt einer steuerpflichtigen Person aufgenommen werden, sind von der Steuer befreit, wenn mit der Anmeldung des Hundes eine Bescheinigung des Geesthachter Tierheimes vorgelegt wird. Die Befreiung gilt für die Dauer eines Jahres.
- (2) Eine entsprechende Bescheinigung über die jeweilige Nutzung oder Herkunft des Hundes gemäß den Fällen des § 7 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 dieser Satzung ist mit dem

Antrag auf Steuerbefreiung vorzulegen. Die Steuerbefreiung gilt von dem 1. des Kalendermonats, der auf den Kalendermonat folgt, in dem sämtliche Nachweise vorgelegt wurden.

§ 7

Allgemeine Voraussetzung für die Steuerermäßigung und die Steuerbefreiung

- (1) Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung wird nur gewährt, wenn
1. die Hundehalterin oder der Hundehalter bei Abgabe des Antrags an Eides statt erklärt, dass er oder sie in den letzten fünf Jahren nicht wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz (TierSchG) bestraft oder ordnungsrechtlich verfolgt wurde und
 2. in den Fällen des § 6 Abs. 1 sowie in § 7 Abs. 1 Nr. 5 dieser Satzung ordnungsgemäße Bücher über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.
- (2) Bei der Feststellung von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung durch die Ordnungsbehörde ist die Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung sofort zu widerrufen; dies gilt ebenso für das Bekanntwerden einer Bestrafung wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz.
- (3) Die Stadt Lauenburg/Elbe behält sich bei der Voraussetzung nach Abs. 1 Nr. 1 vor, entsprechende Nachweise, wie z. B. ein Führungszeugnis, anzufordern.

§ 8

Steuerfreiheit

Steuerfrei sind Personen, die sich nicht länger als zwei Monate in der Stadt Lauenburg/Elbe aufhalten, für die Hunde, die sie bei ihrer Ankunft besitzen und nachweislich in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik versteuern.

§ 9

Meldepflichten

- (1) Wer einen Hund anschafft oder mit einem Hund zuzieht, hat ihn binnen 14 Tagen bei der Gemeinde anzumelden. Neugeborene Hunde gelten mit Ablauf des dritten Monats nach der Geburt als angeschafft. Die Anmeldefrist beginnt im Falle des § 3 Abs. 2 nach Ablauf des Monats.
- (2) Im Falle der Aufgabe der Hundehaltung, des Eingehens des Hundes oder des Wegzugs aus dem Stadtgebiet ist der Hund bei der Gemeinde innerhalb von 14 Tagen abzumelden. Im Falle der Abgabe des Hundes an eine andere Person sind bei der Abmeldung Name und Wohnung des neuen Halters anzugeben.

- (3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung fort, so hat der Hundehalter das binnen 14 Tagen bei der Gemeinde anzuzeigen.
- (4) Die Stadt Lauenburg/Elbe gibt für jeden angemeldeten Hund eine Hundesteuermarke aus, die bei der Abmeldung des Hundes wieder abgegeben werden muss. Hunde dürfen außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes nur mit der Hundesteuermarke umherlaufen. Hunde, die außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes des Hundehalters ohne gültige Hundesteuermarke und unbeaufsichtigt angetroffen werden, können durch Beauftragte der Gemeinde eingefangen werden. Der Halter eines eingefangenen Hundes soll von dem Einfangen des Hundes in Kenntnis gesetzt werden. Meldet sich der Halter des Hundes auch auf öffentliche Bekanntmachung nicht oder zahlt er die der Gemeinde entstandenen Kosten und die rückständige Hundesteuer nicht, so wird nach § 12 verfahren.
- (5) Die Hundehalterin oder der Hundehalter ist verpflichtet, Beauftragten der Stadt Lauenburg/Elbe die Hundemarke auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 10

Festsetzung der Steuer, Vorauszahlungen, Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer entsteht, soweit es sich nicht um Vorauszahlungen handelt, mit Ablauf des Kalenderjahres, für das die Steuer festzusetzen ist. Die Steuer wird als Jahressteuer festgesetzt. Steuerjahr ist das Kalenderjahr. Die Steuer wird am Anfang des Folgejahres für das abgelaufene Kalenderjahr festgesetzt. Der Steuerbescheid kann mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden. Entsteht die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, so ist die anteilige Steuer für dieses Kalenderjahr zu entrichten.
- (2) Die Stadt Lauenburg/Elbe erhebt auf die zu erwartende Höhe der Jahressteuer eine Vorauszahlung. Die Vorauszahlungen auf die Steuer werden zu Beginn des Steuerjahres durch Steuerbescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann, festgesetzt. Entsteht die Steuerpflicht im Laufe des Steuerjahres, werden die Vorauszahlungen nach dem Beginn der Steuerpflicht durch Steuerbescheid festgesetzt. Die für das Steuerjahr geleisteten Vorauszahlungen werden auf den festzusetzenden Jahressteuerbetrag angerechnet.
- (3) Die nach Absatz 2 Satz 2 festgesetzten Vorauszahlungen sind in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November des Steuerjahres fällig. Steuern und Vorauszahlungen werden innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig. Zu viel entrichtete Steuern werden mit Bekanntgabe des Veranlagungsbescheides erstattet.

§ 11

Beitreibung der Steuer

In den Fällen, wo eine Beitreibung der Hundesteuer nicht möglich bzw. unbillig wäre, ist die Forderung entsprechend der Satzung über die Stundung, Niederschlagung und den Erlass von

öffentlichen und privatrechtlichen Forderungen der Stadt Lauenburg/Elbe niederzuschlagen bzw. zu erlassen.

§ 12 Auskunftspflichten

Die Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer sind verpflichtet, der Stadt Lauenburg/Elbe oder von ihr Beauftragten über die auf dem Grundstück gehaltenen Hunde und deren Halterinnen oder Haltern Auskunft zu erteilen.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes. Die Ordnungswidrigkeiten können jeweils mit dem in § 18 Abs. 3 KAG genannten Höchstbetrag geahndet werden.

§ 14 Datenverarbeitung

- (1) Zur Ermittlung der Steuerpflichtigen und zur Festsetzung der Steuer im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Erhebung folgender Daten gemäß Datenschutzgrundverordnung und Landesdatenschutzgesetz durch die Stadt Lauenburg/Elbe zulässig.

Personenbezogene Daten werden erhoben über:

- a) Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum und ggf. Kontoverbindung
- b) Name und Anschrift eines evtl. Handlungs- oder Zustellbevollmächtigten,
- c) Elektronische Transpondernummer des Hundes
- d) Name und Anschrift eines evtl. früheren oder nachfolgenden Hundehalters, durch Mitteilung oder Übermittlung von
 - a) Polizeidienststellen,
 - b) Ordnungsämtern,
 - c) Einwohnermeldeämtern,
 - d) Kontrollmitteilungen anderer Kommunen,
 - e) Tierschutzvereinen,
 - f) Bundeszentralregister,

Neben diesen Daten werden die für die Errechnung und Festsetzung der Steuer erforderlichen Daten erhoben.

- (2) Die Stadt Lauenburg/Elbe ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Steuerpflichtigen und von Daten, die nach Abs. 1 anfallen, ein Verzeichnis der Steuerpflichtigen mit den für die Steuererhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten

zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten.

- 3) Der Einsatz von technikerunterstützter Informationsverarbeitung ist zulässig.

§ 15

Hundebestandsaufnahme

- (1) Die Stadt Lauenburg/Elbe kann gemäß § 11 KAG in Verbindung mit § 93 Abs. 1 der Abgabenordnung wiederholbare und flächendeckende Hundebestandsaufnahmen durchführen oder durchführen lassen.
- (2) Die Hundebestandsaufnahme kann durch die von der Stadt Lauenburg/Elbe beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder beauftragten privaten Unternehmen durchgeführt werden. Hierbei sind die Beteiligten sowie andere Personen verpflichtet, über die auf dem Grundstück, im Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb gehaltenen Hunde wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen.
- (3) Private Unternehmen handeln bei der Durchführung einer Hundebestandsaufnahme als Verwaltungshelfer im Auftrage der Stadt Lauenburg/Elbe. Sie sind an Weisungen gebunden und unterliegen der Aufsicht der Stadt Lauenburg/Elbe.
- (4) Die Verpflichtung zur An- und Abmeldung bleibt von den Auskünften unberührt.

§ 16

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hundesteuersatzung vom 09.12.2020 außer Kraft.

Stadt Lauenburg/Elbe, den 01.10.2025

Brackmann
Bürgermeister

(Siegel)